

Die Teuerung im Kriege.

(Ihre Ursachen und Folgen.)

In der „Arania“ hielt Herr Dr. Ernst Broda einen sehr interessanten Vortrag über das aktuelle Thema „Die Teuerung im Kriege“. Der Vortragende führte ungefähr folgendes aus: Die Teuerung im Kriege ist nicht die Folge des verbrecherischen Verhaltens Einzelner, sondern eine Erscheinung, die mit Notwendigkeit aus der Gesamtheit der kriegswirtschaftlichen Verhältnisse hervorwachsen mußte. Während in der Friedenswirtschaft die Einkommen des Staates direkt oder indirekt aus der Abgabe realer Güter an die Volkswirtschaft herrühren, Angebot und Nachfrage einander notwendig bei Preisen entsprechen müssen, die sich nur ändern, wenn die Umwelt des ökonomischen Geschehens umgestaltet wird, ist der Staat bei Kriegsausbruch genötigt gewesen, durch sein Machtgebot Papiergeld in den Verkehr zu setzen, welches nicht den Charakter einer Quittung über abgelieferte Waren, aber eine diesem gleiche formale Kaufkraft hat, so daß die auf eine Gelbeinheit entfallenden Warenmengen kleiner werden, also die Preise steigen müssen. Da alle Preise untereinander in einem organischen Zusammenhang stehen, muß sich die Preissteigerung über die ganze Volkswirtschaft ausbreiten. Die „Kriegskonjunktur“ ist dadurch hervorgerufen, daß die Preise der Fertiggüter schneller steigen, als jene für die Rohstoffe und Arbeitskraft. Der Staat hat gegen diese „Kriegsgewinne“ Höchstpreise und das Preistreibergesetz eingeführt. Höchstpreise haben aber nur in Verbindung mit der Einführung der Rationierung realen Wert. Da die Rationierung aber für alle Gegenstände un-durchführbar ist, so ist die Steigerung der Preise der nicht rationierten Gegenstände unaufhaltbar.

Das Preistreibergesetz gibt zu dem Bedenken Anlaß, daß die Beschränkung des Profits den Anreiz zur qualitativen Anpassung der Produktion an den Bedarf beseitigen muß. Man kann nicht einerseits die kapitalistische Wirtschaft beibehalten und andererseits den Motor ausschalten, der sie im Gange hält. Es ist nicht anzunehmen, daß die Preise nach Einstellung der Feindseligkeiten auf das Friedensniveau fallen werden. In der Volkswirtschaft liegt heute, wo sich die Preissteigerung bereits auf alle Gebiete verbreitet hat, kein Anstoß, zum früheren Preisniveau zurückzukehren. Dies könnte nur durch einen wirtschaftspolitischen Eingriff des Staates bewirkt werden, und zwar nur durch eine Vermögenssteuer. Für eine solche Steuer spricht die Rücksicht auf jene, die die Opfer der Preisrevolution geworden sind, also vor allem für die Fixbesetzten, ferner der Wunsch, den alten Wechselkurs mit dem Auslande wiederherzustellen. Gegen die Wiederherstellung des Preisniveaus spricht der Gedanke an die ungeheure Last, die dem Staat durch die Rütigung, die in entwertetem Geld aufgenommenen Kriegsanleihen in vollwertigem Gelde zu verzinsen und zurückzuzahlen, auferlegt würde, sowie die Erwägung, daß die Redressierung des Preisniveaus auf den industriellen Geschäftsgang eine verkehrte Wirkung üben müßte. Die Verringerung kann nur wieder den Ausgang von den Fertigprodukten nehmen. Es wird die wichtigste und schwerste Aufgabe der zukünftigen Wirtschaftspolitik sein, zu entscheiden, ob das Kriegs-Preisniveau beibehalten oder die Wiederereinführung des Friedensniveaus trotz der staatsfinanziellen und industriepolitischen Bedenken angestrebt werden soll.